

## STAATSBESUCH

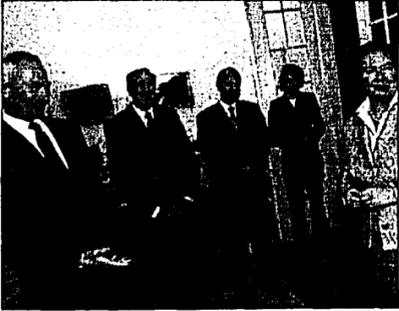
## Fürstenpaar besucht Botschaft

WIEN – Fürst Hans-Adam II. hat im Anschluss an seinen Staatsbesuch in Wien die liechtensteinische Botschaft besucht, um sich über die Arbeiten der Vertretung in Österreich zu informieren.

Im Jahr 1998 hat Liechtenstein eine residierende Botschaft in Österreich eröffnet. Die Aufgabe der Botschaft besteht in der Wahrung liechtensteinischer Interessen in Österreich. Liechtenstein und Österreich sind als Nachbarländer auf das Engste miteinander verbunden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ergibt sich in der bilateralen, der multilateralen und der regionalen Kooperation. Die beiden Länder sind über eine Reihe von Verträgen, unter anderem im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit, im Sozialversicherungsbereich und im Katastrophenschutz, miteinander verbunden. Die wirtschaftlich wichtigste Verbindung zwischen den beiden Ländern ergibt sich über das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum.

Die Botschaft in Wien ist auch für die konsularische Betreuung der rund 400 in Österreich lebenden Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen zuständig. Weiters ist die Botschaft Anlaufstelle für eine Vielzahl von Anfragen zum Wirtschaftsstandort Liechtenstein und zum Tourismus in Liechtenstein. «Die politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und persönlichen Verbindungen sind in den vergangenen 90 Jahren nie so eng gewesen wie heute» betonte Fürst Hans-Adam anlässlich des Staatsbanketts, gegeben vom österreichischen Bundespräsidenten.

Die Vertretung in Wien ist auch als Ständige Vertretung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit für Europa



(OSZE) in Wien tätig. Liechtenstein nimmt an den Arbeiten der OSZE in Wien aktiv teil und hat in der Vergangenheit Voritze in der Organisation übernommen und in Weisenräten mitgewirkt. Als Teilnehmerstaat leistet Liechtenstein einen jährlichen finanziellen Beitrag an die OSZE und beteiligt sich damit an den Aktivitäten, die dem Frieden und der Sicherheit in Europa dienen.

Im Jahr 2000 wurde die Vertretung auch als Ständige Vertretung Liechtensteins bei den Vereinten Nationen (UNO) in Wien akkreditiert. Liechtenstein legt seinen Schwerpunkt dabei auf die Bemühungen der Vereinten Nationen im Bereich der Verbrechens- und Drogenbekämpfung. Durch freiwillige Beiträge und personelle Unterstützung leistet Liechtenstein einen Beitrag zu einer Reihe von Projekten. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf den Bereich der Bekämpfung der weltweiten Geldwäsche gelegt. Regierungsrat Walch wird am Rande des Staatsbesuches in Wien mit dem Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung, Antonio Maria Costa, zu einem Gespräch zusammenkommen, um sich vor Ort über die Arbeiten der Vereinten Nationen in Wien ein Bild machen zu können.

Seit 1996 leitet Botschafterin Maria-Pia



Kothbauer (Bild) die liechtensteinische Vertretung in Wien. Botschaftsrat Günter Frommelt ist als Botschaftsrat in der liechtensteinischen Aussenstelle tätig. (pafl)

## Ereignis von Weltrang

Liechtenstein Museum: Der Landesfürst über Zahlen und Pläne mit Wien und Vaduz

WIEN – über 400 Medien aus der ganzen Welt, darunter 30 Fernseh-Stationen, werden heute über die Eröffnung des Liechtenstein Museums berichten. Landesfürst, Regierungschef und Aussenminister sind überzeugt: Das Museum wird auch eine positive Wirkung auf das Land Liechtenstein ausstrahlen.

• Martin Frommelt / Wien

Heute, wenn der Wien-Sonderzug mit 800 Personen aus Liechtenstein den Arlberg traversiert, wird die internationale Kunstwelt auf die offizielle Eröffnung des Liechtenstein Museums blicken.

## 25 Millionen Euro

Letzten Endes werde das Museum wohl nahezu gegen 25 Millionen Euro kosten, sagte Landesfürst Hans-Adam II. gestern gegenüber dem Volksblatt. Finanziert wird es vollumfänglich aus dem Privatvermögen des Fürstenhauses. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass seitens des Bundes keine Subventionen zu erwarten gewesen seien, so der Landesfürst.

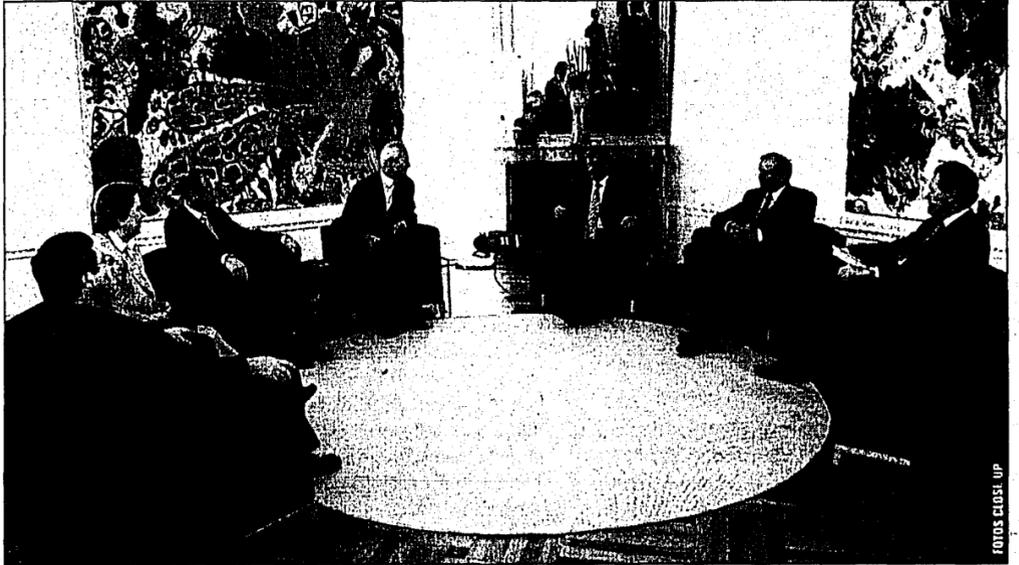
## 30 Fernsehstationen

Die Investition scheint sich bereits ein erstes Mal auszuzahlen. Über 400 Medienschaffende, darunter 30 Fernsehstationen aus der ganzen Welt, werden heute von der Pressekonferenz berichten. Hans-Adam II.: «Das ist eine ziemlich einmalige Sache für einen kulturellen Anlass, das hat es in Österreich noch nie gegeben. Dieses weltweite Interesse ist etwas, das wiederum auch für uns in Liechtenstein eine positive Werbung sein wird.»

## 400 Gäste

Um 18 Uhr wird das Landesfürstenpaar 400 Gäste, angeführt vom österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil und seiner Gattin, zur offiziellen Eröffnung begrüßen («der Bundeskanzler hätte auch sehr gerne teilgenommen, musste sich aber wegen dem EU-Gipfel entschuldigen lassen»). Mit dem Spanier Jordi Savall wird der Weltstar der Barockmusik für den guten Ton sorgen. Den Segen von oben wird der Grazer Bischof Egon Kapellari spenden. Dies, weil er seitens der Bischofskonferenz für die Kultur zuständig ist, so der Landesfürst.

Im ersten Jahr erwartet das Museum 300 000 Besucher. Und wie viel Publikum braucht es, um den



Heute ist der grosse Freudentag, an welchem das Museum eröffnet wird. Gestern noch fanden Arbeitsgespräche statt.

Museumsbetrieb kostendeckend über die Runden zu bringen? Hans-Adam II.: «Dafür brauchen wir 600 000 zahlende Besucher. Ich hoffe, dass wir das nächste Jahr erreichen werden, damit wir dann wenigstens einigermassen kostendeckend arbeiten können.»

## Konkurrenzkampf in Wien?

Nicht alle scheinen indes ihre Freude am neuen Museum zu haben. Jedenfalls ist es im Zusammenhang mit der vom Liechtenstein Museum im Dezember 2004 geplanten Ausstellung «Rubens in Wien» zu einer medialen Auseinandersetzung mit der Albertina gekommen. Diese wollte Rubens gemeinsam mit dem Metro-

politane Museum im nächsten Jahr zeigen. Jetzt wird allerdings laut über eine Vorverlegung auf Herbst 2004 nachgedacht, um der neuen Konkurrenz gleich einmal die Zähne zu zeigen. Der Landesfürst nimmt's gelassen: «Das sind mehr so Geplänkel für die Öffentlichkeit. Es ist zwar eine gesunde Konkurrenz da, wir haben aber mit Albertina-Direktor Schröder ein sehr gutes Verhältnis. Er hat uns ja auch beraten.»

## Ausstellungen in Vaduz

Der Landesfürst ist überzeugt davon, dass auch Vaduz vom Museum profitieren wird: «Wir werden hier in Wien Ausstellungen im Jahresrhythmus machen. Wir denken,

dass wir diese Ausstellungen davor oder danach in Vaduz zeigen werden, damit man da ein enges Zusammenspiel hat. Das wäre natürlich für Vaduz auch kostenmässig von Vorteil, weil wir diese mit Katalog und allem drum und dran sowieso auf uns nehmen müssten.» Wäre also die Ausstellung «Rubens in Wien» im nächsten Jahr in Vaduz denkbar? «Ja, das ist sicher denkbar», so Hans-Adam II.

## Grosser Gewinn für das Land

Regierungschef Otmar Hasler ist überzeugt, dass das Museum in Wien letztlich auch ein grosser Gewinn für das Land Liechtenstein ist: «Selbstverständlich wird das auch die Aufmerksamkeit auf Liechtenstein selbst lenken. Das Museum ist auch für unser Land eine einmalige Gelegenheit, die wir nicht genug hoch einschätzen können.» Selbst wenn es schmerzen mag, dass ein Teil der Sammlungen jetzt von Liechtenstein nach Wien disloziert wurde, ist auch Aussenminister Ernst Walch überzeugt, dass das unter dem Strich nicht ein Verlust, sondern ein Gewinn sein wird: «Es kommt auf die Sichtweise an. Global von aussen betrachtet ist das Museum natürlich absolut ein Gewinn. Es ist ein echter Weltmagnet, der in Liechtenstein aus politischen Gründen leider nicht möglich war, ausserdem verfügen wir auch nicht über ein so einmaliges Barockgebäude. Die weltweite Kunstmetropole Wien bietet eine ganz andere Plattform: Was dort gut ausstrahlt, strahlt auf Liechtenstein zurück.»



Regierungsrat Ernst Walch in angeregtem Gespräch mit Wiens Bürgermeister Michael Häupl.

## Sorgfaltspflichtgesetz wird revidiert

Regierung leitet Vernehmlassungsverfahren ein

VADUZ – Die Regierung hat anlässlich ihrer Sitzung vom 23. März 2004 beschlossen, die Vernehmlassung betreffend die Totalrevision des Sorgfaltspflichtgesetzes einzuleiten. Den betroffenen Institutionen und Verbänden wird damit Gelegenheit gegeben, bis zum 25. Mai 2004 zu dem Entwurf für ein neues Sorgfaltspflichtgesetz Stellung zu nehmen.

Die Revision des Sorgfaltspflichtgesetzes ist notwendig, um die Richtlinie 2001/97/EG (2. EU-Geldwäscherichtlinie) in nationales Recht umzusetzen. Gleichzeitig soll aber auch den neuesten Entwicklungen und internationalen

Standards im Bereich Prävention von Geldwäscherei, organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung Rechnung getragen werden.

«Liechtenstein war und ist bereit, zugunsten der internationalen Völkergemeinschaft seinen Beitrag zur globalen Bekämpfung solcher schwerwiegenden Straftaten zu leisten», so Regierungschef Otmar Hasler.

Vor diesem Hintergrund ist die Regierung bestrebt, den seitens des Internationalen Währungsfonds festgestellten «high level of compliance» im Bereich der Bekämpfung der Geldwäscherei, der organisierten Kriminalität sowie der Finanzierung des Terrorismus zu er-

halten. Vor dem Hintergrund der internationalen Anerkennung soll das Sorgfaltspflichtrecht auch die Revidierten 40 Empfehlungen und die acht Besonderen Empfehlungen betreffend Finanzierung des Terrorismus der FATF sowie die Empfehlungen aus dem MONEYVAL- und dem IMF-Assessment berücksichtigen.

Der vorgeschlagene Gesetzesentwurf sieht aber nicht nur solche Änderungen des Gesetzes vor, die vor dem oben geschilderten Hintergrund unerlässlich sind, sondern auch solche Änderungen, die die Einhaltung der Vorschriften auf Anwenderseite erleichtern. Dies jedoch, ohne dass qualitative Einbussen der Sorgfaltspflicht-Standards damit einherge-

hen. Vielmehr ist der Entwurf für ein neues Sorgfaltspflichtgesetz so ausgestaltet, dass eine gute Balance zwischen Effizienz und Umsetzbarkeit erreicht wird.

Die liechtensteinische Regierung erwartet, dass durch die Fortführung einer hoch entwickelten Regulierung im Sorgfaltspflichtbereich die Akzeptanz und Wertschätzung des Finanzplatzes Liechtenstein im Ausland weiter steigen wird. Regierungschef Hasler gibt sich überzeugt, dass die Revision des Sorgfaltspflichtgesetzes in Zusammenarbeit mit der seit jeher vorhandenen Vielfalt und Qualität der angebotenen Finanzdienstleistungen insgesamt die Attraktivität des Finanzplatzes erhöhen wird. (pafl)